



Niederschrift

15. Sitzung Gemeinderat
29. September 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

12.

Punkt 10 der Tagesordnung: Standort für das Forum Recht:

10.1 Forum Recht - Standortbetrachtung

Vorlage: 2020/0977

10.2 Neue Prüfung von Standorten für das Forum Recht

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2020/067

10.3 Standort für das „Forum Recht“ überdenken

Ergänzungsantrag: FW|FÜR

Vorlage: 2020/0913

10.4 Standort für das Forum Recht

Änderungsantrag: CDU

Vorlage: 2020/0924

10.5 Standort für das „Forum Recht“ überdenken

Ergänzungsantrag: KAL/Die PARTEI

Vorlage: 2020/0935

Beschluss:

Im Zusammenhang mit der Diskussion in der Gemeinderatssitzung am 28. Juli 2020 sollen folgende Fragestellungen in dieser Informationsvorlage beleuchtet werden:

- Betrachtung verschiedener Standortvorschläge für das Forum Recht
- Historie der bisherigen Genehmigungspraxis auf dem Areal des Bundesgerichtshofs
- Planungsrechtliche Situation für das Forum Recht auf dem Areal des Bundesgerichtshofs.

Abstimmungsergebnis:

10.1 keine Abstimmung

10.2 erledigt, keine Abstimmung

10.3 erledigt; mündlicher Änderungsantrag (Prüfung Standort Ettlinger Tor), dieser bei 8 Ja-Stimmen und 36 Nein-Stimmen abgelehnt

10.4 erledigt, keine Abstimmung

10.5 erledigt; mündlichen Änderungsantrag (keine Bebauung BGH-Gelände), dieser bei

8 Ja-Stimmen und 35 Nein-Stimmen abgelehnt

Der Vorsitzende setzt um 17:16 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Planungsausschuss:

Ich bitte Sie, in Ihren Wortbeiträgen auf Ihre Anträge einzugehen - es sind überwiegend Prüfanträge -, inwieweit Sie die als erledigt betrachten oder gegebenenfalls auch nicht. Ich möchte noch eine Antwort nachreichen, die sich aus dem Hauptausschuss ergeben hat. Wir haben noch einmal recherchiert und auch mit der Landesdenkmalpflege Kontakt aufgenommen. Es ging um die Frage, ob es, wenn die Fläche am BGH bebaut wird, die für das Forum Recht angedacht ist, noch weitere Flächen auf dem Gelände des BGH gibt, die bebaut werden können. Das würde ich jetzt kurz vorlesen: „Über den Planungsumgriff für das Forum Recht hinaus ist für die Landesdenkmalpflege auf dem BGH-Gelände keine weitere Freifläche mehr für künftige Bauvorhaben verfügbar. Dies gilt insbesondere für die östlich an das Palais anschließende Freifläche bis zur Ritterstraße.“ – Das war vor allem eine Frage, die Sie gestellt hatten.

Alle anderen Argumente haben wir im Planungsausschuss ausgetauscht, wie auch den entsprechenden Sachvortrag geliefert. Deswegen würde ich im Moment darauf verzichten. Wir steigen direkt in die Diskussion ein.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Das Stiftungsgesetz zum Forum Recht ist ein wirklich großartiger Erfolg, der entstanden ist aufgrund der Initiative von Karlsruherinnen und Karlsruhern, die schon vor Jahren die erste Idee hatten und diese jetzt zeitgemäß weiterentwickelt haben für unsere Gesellschaft. Es war auch eine Sternstunde des Parlaments, dass vier Fraktionen – CDU, SPD, GRÜNE und FDP – gemeinsam fraktionsübergreifend dieses Stiftungsgesetz eingebracht und beschlossen haben, mit dem erklärten Ziel, Demokratie und Rechtsstaat zu stärken. Die einzige Fraktion, die es abgelehnt hat mit demokratiefeindlichen Argumenten, war die AfD. Das ist beschämend und zeigt, wessen Geistes Kind sie sind.

(Vereinzelter Beifall)

Wir GRÜNE haben das Forum Recht von Anfang an, wie jetzt auch die Mehrheit des Gemeinderates, unterstützt. Aber wir haben auch von Anfang an es kritisch gesehen, dass doch ein erheblicher Anteil der Bäume dafür gefällt werden sollte. Wir haben gefordert, dass der Großteil der Bäume erhalten bleiben muss, also so viel wie möglich auch vom Park. Wir haben dann in der Folge gefordert mit unserem Antrag vom Mai 2020, dass Alternativen, die genannt worden waren, geprüft werden. Diese Analyse liegt jetzt endlich vor. Es hat eine Weile gedauert. Wir bedanken uns bei Herrn Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup für diese doch sehr umfassende Prüfung dieser Standorte. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, ob es uns gefällt oder nicht, dass diese geprüften Alternativstandorte entweder komplett ungeeignet sind, nicht zur Verfügung stehen, oder dass sie vom zeitlichen Horizont her nicht absehbar für die Umsetzung sind. Das betrifft auch das Markgräfliche Palais am Rondellplatz. Wie im Planungsausschuss festgestellt wurde, greift hier auch kein Vorkaufsrecht, wenn die Ziele des Sanierungsgebietes eingehalten werden.

Insofern bedanken wir uns für die Mitglieder der Initiative „Unser Karlsruhe lebenswert, nachhaltig und klimagerecht“. Sie haben schon viel erreicht, auch gemeinsam mit uns. Es werden weni-

ger Bäume gefällt werden. Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup hat schon zugesichert, dass wesentlich mehr Flächen als Kompensation in der Innenstadt entsiegelt werden, dass wesentlich mehr Bäume gepflanzt werden als naturschutzrechtlich erforderlich. Von daher haben wir GRÜNE weitergehende Forderungen, nämlich es muss klimaneutral gebaut werden, es muss ausgeschrieben werden ein Gebäude, das Vorbildfunktion für die Architektur der Zukunft hat. An der Standortfrage darf das Forum Recht nicht scheitern.

Stadträtin Dr. Dogan (CDU): Wir als CDU haben immer gesagt, wir stehen zu dem Forum Recht. Wir wollen, dass dieses großartige Projekt, das unseren Rechtsstaat abbilden und auch die Berufe des Rechtsstaates transparent der Öffentlichkeit bekannt geben soll, in Karlsruhe, der Residenz des Rechts, angesiedelt werden soll. Denn wo sonst, außer in Karlsruhe, könnte solch ein Projekt, das sich mit dem Thema Rechtsstaat befasst, seine Heimat finden.

Was den Standort angeht, hatten wir lange Diskussionen. Wir haben Prüfanträge gestellt. Unseren Prüfantrag, der eigentlich der weitestgehende war, sehen wir als erledigt an. Ich möchte noch anmerken, auch mit Dank an die Initiative, die den Finger teils auch zu Recht in die Wunde gelegt hat, dass der Standort, der nach derzeitigem Stand der Prüfung übrigbleibt, nicht so glücklich gewählt ist. Wir sehen es, unabhängig von der Kritik, dass der Baumbestand gefährdet ist, eher aus dem Blickwinkel, dass das BGH-Palais etwas in eine Hinterhofbebauung rückt. Charmanter wäre ein Standort am KIT als Pendant zum Verfassungsgericht als höchstes Gericht und Verfassungsorgan unseres Landes. Das hätte ein Prestige- und Alleinstellungsmerkmal gehabt. Aber da sind die Eigentumsverhältnisse, die es uns schwierig machen. Vielleicht hat auch an der einen oder anderen Stelle beim Land der politische Wille gefehlt, mit uns einen tollen, großartigen Standort zu finden.

Was andere Standorte angeht, Vorkaufsrechte usw., da hatten Sie, Herr Oberbürgermeister, schon in den Fachausschüssen zugesagt, sollte sich ein neuer Sachverhalt ergeben, dass Sie uns dann gegebenenfalls bei Änderung der Sach- und Rechtslage informieren. Auf die anderen Orte will ich gar nicht eingehen. Die sind ersichtlich, auch für das Projekt, nicht geeignet. Wir hoffen aber, wenn der jetzigen Standort verwirklicht wird, dass dort tatsächlich bei der Bebauung auf eine gewisse Sensibilität geachtet wird, dass ein Bauwerk hinkommt, das das Thema transparenten Rechtsstaat aufnimmt, indem es offener gestaltet ist, indem das BGH-Ensemble nicht komplett nach hinten abrutscht und bedeutungslos wirkt. Wir hoffen, dass sich gemeinsam mit den Ideen der Bürgerinnen und Bürger, auch mit der Initiative, am Ende ein Ergebnis findet, mit dem alle gut leben können, und dass wir alle uns auf dieses Projekt in Karlsruhe freuen.

Stadtrat Marvi (SPD): Auch ich will noch einmal meinen großen Respekt bekunden gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und allen, die sich engagiert haben in dieser Frage Forum Recht. Auch in der Frage des Standortes. Denn letztendlich ging es allen um das Wohl der Stadt. Das müssen wir annehmen, sonst würden sich die Bürgerinnen und Bürger nicht unter anderem in dieser Initiative engagieren. Ich habe überhaupt nichts zurückzunehmen von meiner Rede aus dem Juli. Ich muss überhaupt nichts anpassen an meiner Position. Das galt auch für die Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion in der Klarheit, wie wir es damals diskutiert haben. Denn es hat sich nun durch die Prüfung ergeben, dass keine realistischen Standorte, auch nicht in einer zumutbaren zeitlichen Perspektive, zur Verfügung stehen werden oder die Voraussetzungen erfüllen. Natürlich hat das Markgräfliche Palais für jeden hier, von der Verwaltung angefangen bis zu jedem Stadtrat, einen großen Charme. Es ist eine Topadresse der Stadtentwicklung. Das müssen wir uns nicht gegenseitig erzählen. Aber ich muss schon zu Protokoll geben, dass ich mich

etwas geärgert habe über die Pressemitteilung des Bundestagsabgeordneten Wellenreuther, der - ein ausgewiesener Jurist – die Dinge sehr gut kennt und nun das Thema Vorkaufsrecht in einer etwas holzschnittartigen und undifferenzierten Weise dargestellt hat, bei dem wir wissen, dass es ein entsprechender Investor, der entsprechendes Geld bietet, relativ leicht aushebeln kann. Diese Show hätten wir uns an der Stelle ersparen können.

Insofern ist die Debatte um den Alternativstandort ein Streit um des Kaisers Bart. Es gibt keinen Alternativstandort. Wir sind auch dafür, dass wir uns keinem Risikospiele aussetzen. Wir haben das letzte Mal darüber gesprochen, dass mancher im Bund auch etwas irritiert auf diese Debatte schaut angesichts dessen, wie das Leipzig macht mit seinem Forum Recht. Der Bund will uns das schenken. Wir sollten dieses Geschenk annehmen. Wir sollten das Beste daraus machen. Wir sollten einen Bebauungsplan aufstellen, der diese entsprechenden Beteiligungsmöglichkeiten und Vorgaben bietet. Wir sollten über den Standard hinausgehend den Ausgleich an Grünflächen ermöglichen. Wir sollten uns vor allen Dingen in Verlässlichkeit üben. Kommunalpolitik macht nicht immer Spaß. Dafür sind wir nicht hier. Es macht nicht immer Freude. Es ist nicht alles glücklich. Aber am Ende muss man Entscheidungen treffen, zu denen man steht und mit denen man Verantwortung für unsere Stadt übernimmt.

Stadtrat Høyem (FDP): Frau Rastätter, vielen Dank für Ihre Rede heute und mein echtes Kompliment. Ich habe das letzte Mal gesagt – das meine ich auch jetzt -, ich habe niemals in 16 Jahren so arrogante, so selbstbewusste, so beleidigende Anträge gelesen, wie die der GRÜNEN das letzte Mal. Jetzt haben Sie gesagt, wie die Lage ist. Aber, liebe Kollegen, auch Sie, Herr Cramer, versuchen Sie einmal, diesen Antrag zu lesen. Das ist so beleidigend. Das ist so arrogant, dass es unmöglich ist. Jetzt bin ich sehr froh, dass diese Debatte eine gute Debatte war. Wir haben alle Respekt für die Initiative und für Prof. Mürb, die diese Debatte durchgeführt haben. Aber jetzt sind wir am Ende dieser Debatte. Ich finde, es ist etwas langweilig, in den BNN immer die gleichen Argumente zu lesen. Wenn die BNN richtigen Journalismus betreiben wollen, dann könnte man untersucht haben, ist es oder ist es nicht möglich, die BB-Bank zu kaufen. Dort könnte man richtige journalistische Arbeit gemacht haben. Aber jetzt ist die Debatte beendet. Ich denke, die einzigen, die richtig Freude an dieser Debatte hatten, ist Leipzig. Jetzt wäre es gut, die Debatte über den Standort zu beenden und dann wirklich zum Inhalt zu gehen. Wir wollen sehr gerne heute eine Abstimmung haben und damit diese Standortdebatte beenden.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte zuerst auf Frau Rastätter eingehen. Frau Rastätter, wenn Sie schon über die Bundestagsdebatte sprechen, dann sollten Sie es auch wahrheitsgemäß tun. Die Argumente, die von der AfD im Bundestag vorgebracht wurden, waren nicht demokratiefeindlich, sondern man hat eher die Frage gestellt, wie muss es um das Recht in einem Staat bestellt sein, wenn man ihm ein Denkmal setzen muss. Heißt das, wir schieben das Recht ins Museum? Darum ging es.

(Unruhe, Zurufe)

Es ist keineswegs demokratiefeindlich.

(Der Vorsitzende: Es kann hier jeder ausreden!)

Jetzt zu dem, worum es hier eigentlich geht. Wir unterstützen natürlich, dass das Forum Recht nach Karlsruhe kommt, auch als AfD, weil wir hier im Gemeinderat der Stadt Karlsruhe verpflichtet sind und die Sache für die Bürger dieser Stadt für gut halten. Die Verwaltung hat uns mit der

Vorlage ein sehr gutes Schema vorgelegt, wo alle möglichen Gebäude abgearbeitet wurden. Aus dieser Vorlage kann man erkennen, dass nur der Neubau auf dem Bundesgerichtshofareal alle Kriterien, die nötig sind, erfüllt. Was vielleicht noch möglich gewesen wäre, das Friedrichstrio hat den Nachteil, dass es Blockrandbebauung ist. Die Lage wäre dann nicht einem Forum Recht angemessen. Wir haben das diskutiert, haben es aber aus dem Grund auch verworfen. Natürlich wäre das Markgräfliche Palais schön gewesen. Aber wenn die Stadtverwaltung es einfach nicht kaufen kann, weil der Preis zu hoch ist, dann fällt es heraus und kann nicht weiter bewertet werden. Auch die anderen Gebäude sind meistens, weil sie zu klein waren oder aus anderen Gründen nicht geeignet. Wir haben das anerkannt. Wir sind froh über die offene Art und Weise, wie die Verwaltung uns im Planungsausschuss informiert und mit uns diskutiert hat.

Die einzige Frage, die für uns noch offen war: Wenn wir jetzt tatsächlich diese Fläche nutzen beim Bundesgerichtshof, die sowieso bebaut werden darf, ob es dann auch klar ist, dass keine weiteren Flächen dort bebaut werden. Diese Frage, Herr Oberbürgermeister, haben Sie uns vorhin beantwortet. Damit ist für uns die Sache klar. Der Bundesgerichtshof ist die Stelle, wo das Forum Recht hingebaut werden muss. Wir werden dementsprechend abstimmen.

Wir danken allen, die im Vorfeld das Ganze kritisch hinterfragt haben. Auch wir waren lange der Meinung, dass es nicht der richtige Standort ist. Durch diese Debatte ist für alle jetzt klar geworden, dass es keine andere Alternative gibt und dass die Entscheidung letztendlich nur so fallen kann.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Als mein Sohn klein war und wir Schuhe kaufen und die Schuhe haben ihm nicht gefallen, hat er einmal zu mir gesagt: Mama, die drücken. Da war es für mich schwer, Gegenargumente zu finden, wenn auch der Preis attraktiv war oder die Schuhe schön.

So kommt mir das jetzt mit dem Standort zum Forum Recht vor. Meine Fraktion ist nach wie vor überzeugt, dass das Markgräfliche Palais am Rondellplatz nicht nur ein funktionaler, sondern ein repräsentativer Standort für das zukunftsweisende Projekt Forum Recht in Karlsruhe wäre. Wir bedauern, dass von Seiten der Verwaltung nicht bereits im Vorfeld eine Standortanalyse erstellt wurde, bedanken uns aber, dass das jetzt nachgeholt wurde.

Als weitere Alternative kommt für uns einzig die Lage am Ettlinger Tor infrage. Beides sind zentrale innerstädtische Lagen und würden dem Forum Recht dem ihm zustehenden würdigen Rahmen bieten. An beiden Standorten würden keine weiteren Flächen, zumindest nicht im größeren Maße, versiegelt werden. Wenn man das mit dem Klimaschutz wirklich ernst meint, dann kann man doch nicht zustimmen, dass jetzt im Park des BGH gebaut wird. Sowohl das Markgräfliche Palais als auch der Standort am Ettlinger Tor wären außerdem richtungsweisend für die Stadtentwicklung. Ich möchte daran erinnern, im Gutachten beziehungsweise der Empfehlung des CIMA-Gutachtens, das etwas in Vergessenheit geraten ist, wurde ebenfalls auf die Bedeutung der Belebung und Aufwertung der Karl-Friedrich-Straße im Zusammenhang des innerstädtischen Gesamtkonzepts hingewiesen. Dies spricht für das Markgräfliche Palais. Eingebettet in den städtebaulichen Entwicklungsprozess am Ettlinger Tor als repräsentativem Stadtentree würde dieser Standort dem Forum Recht ebenfalls gerecht werden. Meine Fraktion möchte daher ihren Antrag aufrechterhalten.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich glaube, Sie, Herr Oberbürgermeister, und auch die Verantwortlichen des Forums Recht und so, wie sich hier abzeichnet, auch die Mehrheit im Hause, haben überhaupt nicht verstanden, um was es der Bürgerinitiative ging. Sie haben nie das Forum Recht in Frage gestellt, sondern ihnen ging es ganz allein darum, dass dieses Grundstück auf dem BGH-Gelände nicht bebaut wird. Jetzt sieht es so aus, dass hier eine satte Mehrheit für eine Bebauung ist. Frau Kollegin Rastätter, ich glaube nicht, dass die Initiative das als einen Erfolg ansieht, zusammen mit Ihnen. Das glaube ich nicht.

Wir sind weiterhin der Meinung, dass dieses Gebiet nicht bebaut werden soll. Es ist ein kleiner Pocketpark. Es sind dort viele Bäume, die 50, 60 Jahre alt sind. Jeder von Ihnen weiß mittlerweile, dass ein Baum an einem Tag ungefähr die Wassermenge einer Badewanne verdunstet. Das sind wichtige Dinge dort. Herr Kollege Hock, für Sie ist das jetzt wieder nur eine „Kleinigkeit“, wie es vorhin gesagt wurde, wegen der paar Bäume. Es wird nicht gesehen, dass dort zum Beispiel schützenswerte Tiere leben. Es wird nicht gesehen, dass wir dort einen der wenigen Plätze haben in der Innenstadt, wo wir einen direkten Bezug zum Grundwasser haben. Das wird alles nicht gesehen, wird alles nicht berücksichtigt. Wenn ich von Ihnen höre, Herr Marvi, es sei ein Geschenk. Ich erinnere mich, dass in der letzten Legislaturperiode die SPD gesagt hat, einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul. Das ist offensichtlich bei Ihnen das, was wichtig ist. Wenn man etwas geschenkt bekommt, dass man dann nicht mehr schauen muss, was da hingebaut werden soll.

Wir möchten, dass dort nicht gebaut wird. Das möchten wir abgestimmt bekommen. Es ist ganz wichtig, wie Sie gesagt haben, im Vorfeld wurde von der Stadt überhaupt nicht geschaut, dass man einen anderen Platz untersucht hat. Wir sind der Meinung, wir haben ein Versprechen für die Natur. Nicht nur Worte, sondern bedeutende Taten sollten wir heute beschließen.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich wollte mich meinem Vorredner anschließen. Wir unterstützen den Antrag der KAL, weil wir es ebenfalls schwierig finden, dass wir gerade die Debatte hatten über den Erhalt von Grünflächen in der Innenstadt und immer wieder darauf verwiesen wurde, wie sehr versiegelt die Innenstadt doch ist, und dann so eine Fläche versiegelt wird. Es geht nicht nur um Bäume. Es geht um den Sachzusammenhang. Es ist eine Parkanlage. Ich sehe momentan nicht, muss ich ehrlich sagen, wo man das in der Innenstadt kompensieren möchte, und zwar in der Wertigkeit. Das sehe ich einfach nicht. Deswegen finde ich es richtig, wenn die alternativen Versuche der Verantwortung nicht mehr bei uns als Fraktion liegt, die man dann einfach abbügeln kann, sondern wenn diese Verantwortung bei Ihnen als Verwaltung liegt.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Weil jetzt gerade in den letzten Beiträgen darauf verwiesen wurde zu verhindern, dass an dieser Stelle gebaut wird. Das ist auch ein Thema, was erst in den letzten Wochen wieder intensiver diskutiert wurde, welches Baurecht dort eigentlich herrscht. Das ist auch ein Argument dafür, wieso es vielleicht besser gewesen wäre, eine Bürger*innenbeteiligung und eine Debatte darüber vor der Beschlussfassung des Gesetzes zur Stiftung Forum Recht zu fassen. Es ist nämlich in der Tat so, dass wir aktuell die Möglichkeit haben, dass der BGH dort ein schnödes Bürogebäude als Erweiterungsbau errichtet nach Baugesetzbuch. Da werden wir nur in den sehr formalen Randbedingungen gefragt, was vielleicht die Gebäudehöhe oder Ähnliches angeht. Aber einen Gestaltungsanspruch beziehungsweise eine Mitsprache haben wir nicht. Die haben wir nur, wenn wir dort einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan erlassen. Das ist so, so leid es mir tut.

Wenn wir andererseits mit einem Bebauungsplan die Grünflächen dort schützen würden, hätten wir mit Sicherheit einen Planungsschaden verursacht, so dass wir dann den Bund dafür entschädigen müssten. Das heißt, wir würden dann wirklich eine enorme Summe dafür zahlen müssen. Das ist einer der Erfolge, die daraus entstanden sind, dass wir über die Gestaltung mitsprechen, dort auch die Versiegelung und Abholzung reduzieren können. Ich kann aber genauso nachvollziehen, dass das für Viele nicht als Erfolg, sondern immer noch als Niederlage wahrgenommen wird, weil das primäre Ziel nicht erreicht wurde. Das lässt sich wahrscheinlich mit diesem Standort ausmerzen. Deswegen ist uns besonders wichtig, dass wir diese Grünfläche zusammen mit dem Forum Recht der Bevölkerung wieder zur Verfügung stellen. Es ist aktuell so, da ist eine Grünfläche. Das macht für das Mikroklima auch etwas aus. Aber nutzbar ist sie nicht, weil es im Schutzbereich des BGH liegt. Da besteht schon eine Hoffnung, dass das zusammen mit dem Vorhaben ein wenig geöffnet werden kann. Darüber hinaus ist die Fragestellung, die wir jetzt schon mitgeben: Wo in der Innenstadt-West finden wir die Möglichkeit, Pocketparks oder Ähnliches als Überkompensation dafür zu schaffen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Mich beeindruckt immer wieder die gefällige Argumentation, der sich dann auch der Kollege Lüppo Cramer anschließt, weil er genau weiß, er kann das jetzt nicht verhindern. Dann ist es eine Leichtigkeit, sich für diese Grünfläche einzusetzen. Aber er blendet völlig aus, dass wir einen Abwägungsprozess haben, und dass wirklich die gefühlte Mehrheit dieses Forum Recht als eine rechtsstaatlich wichtige Institution haben möchte. So kann man natürlich alles ad absurdum führen. Wir weisen zurück, dass hier diese Abwägung nicht stattgefunden hat. Wir kommen jetzt insgesamt zu dem Ergebnis, dass der Abwägungsprozess sich einfach reduziert auf diese Fläche. Es ist schon angeführt worden, deshalb muss ich es nicht vertiefen, dass man dem Bund hier nicht verwehren könnte, anderes zu machen. Wenn er anderes machen könnte, dann ist uns Karlsruhe jetzt wirklich am Wichtigsten, dass da das Forum Recht hinkommt. Das will ich ganz deutlich sagen. Ich habe die Hoffnung nicht verloren, dass eine geschickte Planung diesen Platz wirklich noch einmal aufwertet. Nicht nur, dass dort ein Gebäude wichtiger Art hinkommt, sondern dass wir dort auch städtebaulich einen richtigen Punkt setzen.

Mit diesen Worten will ich auch noch einmal begründen, warum wir diese Entscheidung unterstützen.

Stadtrat Schnell (AfD): Die Stadt hat etliche Standorte geprüft und bewertet. Dieser eine Standort ist übriggeblieben. Wer jetzt noch gegen diesen Standort ist, der sollte so konsequent sein und klar und deutlich sagen, dass er das Forum Recht in Karlsruhe nicht haben will.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Wir wollen das Forum Recht in Karlsruhe haben. Aber wir wollen es nicht dort haben, wo es geplant ist. Das muss einmal eindeutig gesagt werden. Ich finde es schon interessant, wie man unterschiedlich abwägen kann. Wenn es passt, fällt die Waage auf der einen Seite herunter, wenn es nicht passt, kommt es zur anderen Seite. Ich bin schon sehr erstaunt, zu welchen Abwägungsergebnissen man hier kommt. Es ist ganz deutlich, wenn man es klimatologisch betrachtet, dass der beste Standort weder dort ist, wo er jetzt geplant ist beim Gerichtshof, noch an einem anderen Platz. Wir sind dafür, dass wir das Ettlinger Tor in Augenschein nehmen. Dieser Platz ist versiegelt. Da werden wir der Natur überhaupt nicht schaden. Diesem Platz sollte man mehr Bedeutung zumessen, indem man das fördert und indem man mehr Gas gibt, diesen Bereich zu entwickeln. Das wäre ein sehr würdiger Platz. Der würde auch eine historische Authentizität ausstrahlen. Er wäre in der Mitte der Stadt situiert.

Wir sind dafür, das einmal zu überlegen. Wir stellen es als mündlichen Antrag, über das Ettliger Tor noch einmal abzustimmen, das in dem Bereich zu platzieren. Das ist unsere Überzeugung, dass es die beste Lösung wäre für das Klima und die beste Lösung für dieses Forum Recht.

Der Vorsitzende: Weil nicht alles, was ich im Planungsausschuss erläutert habe, öffentlich bekannt ist, will ich gerne zu zwei, drei Punkten etwas ergänzen.

Zum einen ist mir und dem überwiegenden Teil des Hauses, vielleicht sogar dem ganzen, wichtig, es handelt sich hier um kein Denkmal und kein klassisches Museum, sondern es soll ein Kommunikations- und Auseinandersetzungsort werden, wo gerade auch die Bürgerinnen und Bürger den Eindruck bekommen und auch in der Realität erleben, dass sie stärker in eine Diskussion über das Recht einbezogen sind und nicht nur belehrt werden darüber. Das ist ein wesentliches Element. Das hat übrigens auch dieser Idee zum Durchbruch verholfen.

Dann das Thema Standortalternativenprüfung: Wir sind nicht die Bauherren. Wir sind als Stadt natürlich dabei gewesen. Aber wir haben es mit einer Initiative zu tun, die von Beginn an konzeptionell sehr stark vom BGH und von der Nutzung dieses Saalgebäudes mitgetragen wurde. Als wir das dann hier in den Gemeinderat in Form einer Resolution eingebracht haben, gab es in der Tat die kritischen Betrachtungen zu diesem Standort. Aber nicht in der Deutlichkeit auch über das ganze Haus hinweg, wie sich das jetzt in der Anfrage- und Antragslage widerspiegelt. Das muss auch sein. Insofern gab es damals auch nicht die Erwägungen, große Standortalternativen zu untersuchen. Es wäre auch etwas gewesen, wo der Bauherr sich dann am Ende daran orientieren kann oder nicht. Was ganz wichtig ist, dass wir damals schon geklärt haben, ob es denkmalrechtlich, arten- und naturschutzrechtlich vorstellbar ist. In der Tat gibt es dort schützenswerte Tiere. Aber es gibt dort kein Ausschlusskriterium, dass nicht doch dort eine Lösung gefunden werden kann. Sonst hätten wir natürlich diesen Initiativen und letztlich auch dem Bund und dem Bundestag sagen müssen: Leute, ihr müsst euer Konzept an der Stelle ändern.

Das CIMA-Gutachten, Frau Stadträtin Lorenz, das Sie angesprochen hatten, wollen wir nicht vergessen. Das ist für uns auch nicht in den Hintergrund geraten. Wir werden mit dem Erwerber des Großherzoglichen Palais, genauso, wie wir das mit dem Erwerber des Postscheckamtes schon tun, natürlich entsprechende Diskussionen haben, wie dort genau möglichst eine öffentlichkeitswirksame Bebauung entstehen kann. Da wird es auch mindestens einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan geben, einen Aufstellungsbeschluss haben wir schon gefasst, und vor allem zwingend die Sanierungsziele an den entsprechenden Käufer, das jetzt nicht als Privathaus für irgendetwas zu nutzen oder in irgendeinem abgeschlossenen Komplex. Sondern da geht es auch um öffentliche Belange, die ein Stück weit hier berücksichtigt werden müssen.

Zum Thema Vorkaufsrecht noch einmal die letzte Erläuterung. Dann können wir es vielleicht wirklich abhaken. Es gibt zwei Möglichkeiten, auf diesen Kaufvertrag Einfluss zu nehmen. Die eine Möglichkeit ist, dass wir ein Vorkaufsrecht haben, in den Kaufvertrag einzusteigen. Das hat etwas mit der Ausweisung des Sanierungsgebietes zu tun. Wenn dann der Erwerber unsere Sanierungsziele akzeptiert und uns das schriftlich bescheinigt, kann er dieses Vorkaufsrecht abwenden. Bei dem Preis und dem Standort werden Sie dort eine öffentliche Nutzung irgendwie machen müssen. Sonst bekommen Sie das überhaupt nicht rekapitalisiert. Insofern wäre es eine Illusion, darauf zu vertrauen, dass dieser Käufer möglicherweise dann doch uns die Gelegenheit gibt, das Vorkaufsrecht zu ziehen. Das halten wir für ziemlich ausgeschlossen, zumal der Verkäu-

fer auch genau weiß, dass es ein Sanierungsgebiet ist. Er kennt die Sanierungsziele. Das ist eine Fiktion, zu meinen, dass wir darüber einen Zugriff bekommen.

Das Zweite ist: Wenn der Käufer dieses Grundstück kauft zu einem völlig überhöhten Preis, dann könnten wir den Verkauf verbieten. Dadurch tritt aber nicht automatisch ein Vorkaufsrecht ein, sondern dann hat der Verkäufer Gelegenheit zu überlegen, wie er dann weiter mit dem Gebäude und dem Grundstück verfährt. Nach dem, was wir annehmen, wird der Preis, der dort im Moment aufgerufen ist, aber nicht so über dem Marktpreis liegen, dass wir davon ausgehen, dass es unter ungerechtfertigter Spekulation einen Anknüpfungspunkt gibt, diesen Kaufvertrag zu verbieten. Das nutzt uns letztlich auch nichts. Denn dann ist der Kaufvertrag verboten, aber es ändert sich nichts. Das ist das ganze Thema Vorkaufsrecht. Da merken Sie, dass es keine großen Optionen gibt.

Ich habe auch – das war eine Auftragslage an mich – mit beiden Bundestagsfraktionen gesprochen, wie es denn wäre, wenn man sich jetzt für einen anderen Standort entscheidet. Das hatte ich vor zwei Monaten noch anders eingeschätzt. Ich will es noch einmal für die Öffentlichkeit sagen, dass jeweils repräsentative Vertreter beider Bundestagsfraktionen mir signalisiert haben, wenn es gute Gründe gibt, die auch konzeptionell nachvollziehbar sein müssen, dass die Stadt Karlsruhe mit einem starken Votum einen anderen Standort vorschlägt und das nicht mit zusätzlichen Kosten für den Bund, mit einer Zeitverzögerung und einer konzeptionellen Verschlechterung verbunden ist, dann kann man sich durchaus vorstellen, dass man dann einem solchen Votum der Stadt Karlsruhe nachkommt. Das scheint etwas einfacher zu sein vom formalen Akt. Das hatten wir aber auch im Planungsausschuss schon klargestellt. Aber Sie sehen schon an den Voraussetzungen, dass das nicht so ganz einfach ist. Dieses Gelände auf dem BGH hat auch den Vorteil, dass der Bund bereit ist, seinen Anteil zur Verfügung zu stellen, und auch das Land ist bereit, seinen Anteil zur Verfügung zu stellen, zu einer eher symbolischen Erbpacht. Würden wir jetzt ein Gebäude wie das Markgräfliche Palais erwerben, würde natürlich die Erwartung sein, dass wir auf dem Kaufpreis ein Stück weit sitzenbleiben.

Dennoch bemühen wir uns seit vier Jahren, dieses Markgräfliche Palais zu erwerben. Und zwar nicht wegen des Forums Recht, sondern weil wir vor vier Jahren dort ganz andere Dinge und eigentlich immer noch dort vorhaben. Da ich bei meinen Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten gemerkt habe, dass es die Botschaft gäbe, der Mentrup würde seit vier Jahren diesen Kauf verhindern, möchte ich hier noch einmal deutlich machen, dass wir uns seit vier Jahren intensiv bemühen, diese Immobilie zu kaufen. Die Art und Weise wie die BB-Bank in den letzten Jahren mit uns umgegangen ist, ist irritierend. Das ist noch die harmloseste Formulierung, die mir dazu einfällt. Wir hatten eine schriftliche Zusage von zwei Vorstandsmitgliedern. Die ist dann letztlich nicht mehr akzeptiert worden. Wir sind dann aufgefordert worden, im Preis höher zu gehen. Dann sind wir mit dem Preis höher gegangen. Das haben Sie auch mitgetragen. Dann wurde uns mündlich zugesagt, dass das jetzt in Ordnung ist. Dann wurde es anschließend wieder einkassiert. Jetzt ist diese Immobilie an den Bietermarkt gegangen. Da gibt es offensichtlich Bieter, die dafür mehr bieten. Insofern sind wir nach wie vor interessiert. Nur diesen Preis können wir nicht überbieten. Wir wissen ihn auch nicht so ganz genau. Aber wir wissen, dass wir an dritter Stelle stehen. Wir haben uns schon bis an das Maximum in unserem Angebot festgelegt, was uns gemeindefinanzrechtlich möglich ist. Nach wie vor haben wir ein großes Interesse. Wir würden nicht unbedingt das Forum Recht dort bauen. Aber es geht erst einmal darum, dass wir überhaupt die Chance haben, die Immobilie zu erwerben. Das sieht im Moment gar nicht gut aus. Wir haben extra am Tag des Hauptausschusses noch einmal mit der BB-Bank darüber gesprochen.

Das sind die Punkte, die ich gerne noch einmal ergänzen möchte. Wir haben auch ausdrücklich noch einmal die Erklärung vom Landesamt für Denkmalschutz, dass man sich dort einen Ersatzbau an der Stelle des früheren Wachgebäudes und darüber hinaus vorstellen kann, dass man dadurch auch akzeptiert, dass es ein Eingriff in das Gesamtkulturdenkmal wird in gewisser Weise, weil die Fläche größer ist, dass man auf der anderen Seite aber auch akzeptiert, dass wir mit einer solchen Umsetzung den denkmalgeschützten Sitzungssaal einbeziehen, der auch ein denkmalgeschütztes Gebäude ist. Da gibt es auch den Positivaspekt, dass man hier ein denkmalgeschütztes Gebäude dauerhaft erhält und nutzt. Auch das ist in diese Abwägung, die es dort offensichtlich gab, miteingeflossen. Wie gesagt, da es mittlerweile schon skeptische Stimmen im BGH gibt, ist es denn überhaupt gerechtfertigt, unsere letzte Erweiterungsfläche für das Forum Recht zur Verfügung zu stellen, sollte das nicht eher für eine Erweiterung des BGH genutzt werden in kurzfristiger oder mittelfristiger Zukunft, kann ich nur auf die Argumente verweisen, die schon genannt wurden.

Wir haben uns mit der Stiftung Forum Recht geeinigt, dass wir einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan machen. Ich nehme alle Punkte auf, die Sie angesprochen haben. Dass wir mit dem Vorhabenträger klären können, dass wir uns einen Passivhausstandard vorstellen oder einen klimaneutralen Standard, dass wir möglichst eine geringe Entsiegelung wollen, dass wir eine hochwertige Architektur wollen, die natürlich dann auch etwas ein singuläres Gebäude schafft, das aus meiner Sicht transparent sein darf, das auch nicht zu wuchtig die Menschen klein machen soll. Ich hatte Ihnen versprochen - ich sehe, dass da etwas verloren geht an Grün und an anderer Fläche, das ist nicht die Frage -, dass wir an anderer Stelle, aber in einer gewissen Nähe, die doppelte Fläche an Entsiegelung und eine entsprechende Nachpflanzung in höherer Zahl vornehmen. Über manches muss man jetzt mit dem Vorhabenträger reden. Über manches muss man dann bei dem vorhabenbezogenen Bebauungsplan Fakten schaffen.

Das weitere Verfahren würde so aussehen, dass wir dann im Oktober in den Aufstellungsbeschluss mit Ihnen einsteigen. Das ist dann im Grunde der nächste Punkt, der sich zwangsläufig daraus ergibt.

Jetzt gehen wir in die Abarbeitung der Anträge. Der GRÜNE-Antrag ist damit erledigt. Dann kommt der Ergänzungsantrag von FW|FÜR. Das sind auch nur zwei Prüfungsanträge, wenn ich das richtig sehe. Es taucht zweimal „geprüft“ auf. Herr Wenzel, Sie sehen das auch so?

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Prüfen, und zwar wie in den Redebeiträgen dargestellt, dass wir prüfen wollen, ob wirklich das Forum Recht möglich ist. Wir wissen aus Leipzig, dass dort auch noch gebaut wird. Es wird wahrscheinlich vier, fünf Jahre dauern. Wir bauen nicht morgen. Wir wollen prüfen, ob die Möglichkeit und die Wahrscheinlichkeit ist, dort so etwas zu erstellen. Das würden wir gerne aufrechterhalten, diese Prüfung. Wenn Sie uns das zusagen, ist es okay. Ansonsten müssten wir abstimmen.

Der Vorsitzende: Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass wir sozusagen dauerprüfen sollen. Oder was meinen Sie? Ich habe es nicht verstanden.

Stadtrat Wenzel (FW|FÜR): Die Argumentation, die Sie eben gebracht haben, dass wir nicht gleich bauen, dass sich auch der Bundestag vorstellen kann, dass dort Möglichkeiten bestehen.

Diesen Standort wollen wir aufgeben in unserer Argumentation. Wir können dem Standort am BGH nicht zustimmen.

Der Vorsitzende: Aber Ihr Antrag heißt: Wir prüfen das Markgräfliche Palais und wir prüfen Ettlinger Tor. Das haben wir gemacht. Insofern ist der Antrag erledigt.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Mein Begehrt war, dass wir abstimmen, ob am Ettlinger Tor ein möglicher Standort sein kann.

Der Vorsitzende: Dann komme ich gleich auf diesen Antrag zurück. Der Antrag der CDU-Fraktion ist erledigt. Der Antrag der KAL/Die PARTEI heißt, die Stadt erwirbt das Markgräfliche Palais und führt es unterschiedlichen repräsentativen Zwecken zu. Wir haben Ihnen zugesagt, dass wir das tun, wenn wir die Chance dafür sehen.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich habe aber in meinem Redebeitrag einen neuen Abstimmungsantrag formuliert. Ich möchte, dass Sie den bitte zur Abstimmung stellen, dass das BGH-Gelände nicht bebaut wird.

Der Vorsitzende: Dann haben wir jetzt zwei Änderungsanträge mündlich eingebracht. Über die stimmen wir jetzt ab.

(Unruhe)

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ist der Antrag nicht rechtswidrig? Können Sie einem Eigentümer, selbst wenn es der Bund ist, einfach verbieten, etwas zu bebauen? Wie stellen Sie sich das vor, Herr Cramer?

Der Vorsitzende: Ich würde den Antrag so umformulieren, bevor wir uns jetzt ewig streiten: Der Gemeinderat empfiehlt, dass diese Stelle des BGH nicht überbaut wird und fordert die Stadt auf, Möglichkeiten zu prüfen, wie das erreicht werden kann.

(Unruhe; Zurufe)

Wir können uns jetzt stundenlang streiten, ob der Antrag rechtskonform ist oder nicht. Jetzt lassen Sie doch einen rechtskonformen Antrag hier zu.

(Anhaltende Unruhe)

Herr Cramer, schließen Sie sich meiner Formulierung an?

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI): Ich würde mich dem anschließen. Die LINKE. würden in ihrer Formulierung auch folgen. Wir würden interfraktionell Ihrem Vorschlag so folgen.

Der Vorsitzende: Dann würde ich den Antrag noch einmal formulieren: Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, diese Fläche auf dem BGH-Gelände nicht zu bebauen und fordert die Stadt auf, mögliche Strategien zu entwickeln, wie dies verhindert werden kann. Ich kann Ihnen im Moment keine Strategie ...

(Zuruf **Stadtrat Ehlgötz/CDU**)

- Herr Ehlgötz, ich will am Ende hier klare Entscheidungen haben und nicht die Diskussion, ob ein Antrag konform ist oder nicht.

(Anhaltende Unruhe)

- Gut. Der Antrag ist jetzt verstanden. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum. – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommt der Änderungsantrag der FW|FÜR, dass man als Alternativstandort das Ettlinger Tor weiter betreiben soll. Da bitte ich Sie um Ihr Votum. – Auch das ist mehrheitlich abgelehnt.

Damit haben wir alle Anträge erledigt, alle Prüfungsanträge sind erledigt. Die Diskussion ist an dieser Stelle beendet. Ich hatte schon angekündigt, dass wir Mitte Oktober im Planungsausschuss mit einem Aufstellungsbeschluss auf Sie zukommen, wo diese Dinge alle noch einmal gemeinsam festgestellt werden.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten-
15. Oktober 2020